

Gescheiterter Staat im Staate

Wem nutzt das Chaos im Libanon? Welche Rolle spielt der Iran? Was macht Europa? | Von Richard C. Schneider



Ein ganzes Land in Trümmern: Beirut nach der Explosion

Die schreckliche Explosion in Beirut am 4. August hat im wirtschaftlich schwer angeschlagenen Libanon eine Staatskrise von internationaler Bedeutung ausgelöst. Der anschließende Rücktritt von Premierminister Hassan Diab zusammen mit seinem Kabinett war eine Reaktion auf die Proteste der Libanesen, die die Korruption und Inkompetenz ihrer Politiker sathaben. Nichts weniger als eine völlige Umgestaltung des politischen Systems wird gefordert. Doch wird das gelingen?

Der Libanon ist seit jeher ein zerrissenes Land. Die vielen christlichen und muslimischen Gruppierungen haben unterschiedliche Interessen. Die Folge ist eine sektiererische Politik, sind Bandenchefs und „Duodezfürsten“, die ihrer jeweiligen Klientel mehr Schutz und Sicherheit bieten, als der Staat es vermag. Doch der Libanon ist wegen seiner Häfen im Mittelmeer und seiner Nachbarschaft zu Syrien, Iran und Israel von geostategischer Bedeutung für die Stabilität im Nahen Osten. Kein Wunder also, dass Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sofort nach dem Unglück in die Hauptstadt eilte, Hilfe versprach, aber auch Reformen anmahnte. Kein Wunder, dass auch die USA ein Wörtchen mitreden wollen. Angst geht um, das Machtvakuum könne das Land endgültig zerfallen lassen. Das aber wäre vor allem ein gefundenes Fressen für den Iran mit seinen Hegemonialansprüchen.

Die von Teheran gesteuerte schiitische Hizbollah, die international als Terrororganisation eingestuft wird, hat das eigentliche Sagen im Libanon. Sie ist militärisch besser ausgerüstet als jede andere Gruppe, sie spielt in der Politik eine gewichtige Rolle. Premier Hassan Diab konnte ohne das Placet von Hizbollah-Führer Hassan Nasrallah keine Entscheidungen treffen. Das Land hätte dringend finanzielle Unterstützung des IWF gebraucht. Doch dieser fordert unter anderem eine Reduzierung des Einflusses der Hizbollah. Das aber kann und will Nasrallah nicht zulassen, Gespräche kamen nicht zustande.

Die libanesische Bevölkerung ist nicht dumm. Sie weiß, dass die Hizbollah die größte Verantwortung für das Scheitern des Staates trägt, dass dieser „Staat im Staate“ verschwinden müßte. Auf den Demonstrationen hört man zunehmend die Forderung nach einer Entwaffnung der Schiiten-Miliz. Nur, wer soll das bewerkstelligen?

Seit Jahren versucht Iran, seine Macht im Nahen Osten auszubauen. Dank der problematischen Annäherungspolitik des US-Präsidenten Barack Obama musste Teheran einerseits Konzessionen bei seinem Atomwaffenprogramm machen, andererseits erhielt es dafür Milliarden von eingefrorenen Konten zurück, Sanktionen wurden aufgehoben. Das Geld investierte das Regime in seine „Stellvertreter“ in den sunnitischen Staaten. Teheran arbeitet seit Jahren daran, zwei „schiitische Halbmonde“ zu etablieren, eine Zangenbewegung, die auf der einen Seite über Bahrain, Irak, Jemen, Sudan bis nach Gaza reicht, auf der anderen das Gebiet über Irak, Syrien bis Libanon kontrollieren soll. Auf diese Weise sollen nicht nur die sunnitischen Regime geschwächt, der Einfluss des großen Gegenspielers Saudi-Arabien beschränkt,

sondern natürlich auch Israel von zwei Seiten bedroht werden. Israel hat sich bislang einigermaßen erfolgreich gegen dieses Heranschleichen Teherans an seine Grenzen gewehrt. Der jüdische Staat hat Hunderte Angriffe gegen iranische und schiitische Ziele wie Truppen, Waffenlager, und -transporte vor allem in Syrien und dem Irak geflogen.

Das strategische Gleichgewicht im Nahen Osten ist aber nicht allein deswegen in Gefahr. Obamas größter außenpolitischer Fehler, nicht im syrischen Bürgerkrieg einzugreifen, ermöglichte es den Russen, in kleinerem Ausmaß auch den Türken, das Feld in Syrien zu übernehmen. Der Westen hat dem bis heute nichts entgegenzusetzen. Insbesondere die EU weist sich in der internationalen Politik einmal mehr als impotent. Das ist umso tragischer, als die Folgen jeder Krise im Nahen Osten dort sofort zu spüren sind, man erinnere sich nur an die Flüchtlingsströme 2015.

Die entscheidende Frage lautet: Wie wird die Hizbollah durch die libanesische Staatskrise kommen? Die Sanktionen von US-Präsident Donald Trump gegen Iran haben dazu geführt, dass Teheran Nasrallah nicht mehr in gleicher Weise finanziell und waffentechnisch aufrüsten kann wie früher, die explosive Lage im Libanon hat den Schiiten-Führer gezwungen, politisch vorsichtiger zu agieren. Bislang konnte die Hizbollah sich stets aus der Bredouille ziehen, indem sie vom internen Konflikt ablenkte und Scharmützel oder gar Kriege mit Israel provozierte. Wird sie das auch diesmal tun?

Die Libanesen würden es der Hizbollah nicht verzeihen, sie in Zeiten einer galoppierenden Inflation, stetig wachsender Arbeitslosigkeit und einer zerstörten Hauptstadt, nicht zu reden von der Coronapandemie, in einen Krieg zu verwickeln. Doch das aktuelle Chaos könnte von den Schiiten wohl genutzt werden, um die eigene Machtposition zu stabilisieren und auszubauen. Damit könnte es aber früher oder später eben doch zu einem Krieg mit Israel kommen. Die Hizbollah verfügt über rund 150 000 Raketen, die jedes Ziel in Israel treffen können. Um das eigene Land zu schützen, müsste die israelische Luftwaffe mit allergrößter Intensität vorgehen, vom Libanon würde nicht viel übrigbleiben. Eine solche Konfrontation könnte schließlich sogar den Iran, Saudi-Arabien und andere mit hineinziehen. Allein diese Aussicht sollte die westliche Staatengemeinschaft anspornen, den Libanon mit aller Kraft bei den notwendigen Reformen zu unterstützen. Frankreichs Präsident Macron allein wird es gewiß nicht richten.



RICHARD C. SCHNEIDER

war Leiter der ARD-Studios in Tel Aviv und Rom. Der Grimme-Preisträger veröffentlichte zuletzt „Alltag im Ausnahmezustand. Mein Blick auf Israel“ (Deutsche Verlags-Anstalt).

Aufstand gegen Wahlfälscher

Verfällt Belarus in Chaos und Gewalt? Welche Rolle spielt Russland? Was macht Europa? | Von Gwendolyn Sasse

Seit den Präsidentschaftswahlen vor einer Woche befindet sich Belarus im Ausnahmezustand. Das verkündete Ergebnis, dem zufolge der Amtsinhaber Alexander Lukaschenko die Wahl mit 80 Prozent für sich entscheiden konnte, während die Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja auf lediglich knapp 10 Prozent gekommen sei, hat eine Massenmobilisierung der belarussischen Gesellschaft nach sich gezogen. War es im Vorfeld der Wahlen vor allem die jüngere Generation gewesen, bei der laut Umfragen des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) ein starker Verlust an Vertrauen in Lukaschenko und die staatlichen Sicherheitskräfte zu verzeichnen war, so formiert sich derzeit ein neuer gesellschaftlicher Konsens über Generationen, soziale Schichten und Regionen des Landes hinweg. Eine klare Forderung steht hinter diesem Konsens: der Rücktritt Lukaschenkos.

Bereits der Wahlkampf war vom wachsenden Unmut in der Bevölkerung geprägt. Die Kampagne der Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja, die antrat, weil ihr Mann als Kandidat nicht zugelassen und inhaftiert wurde, bündelte diese Stimmung. Statt eigene politische Ambitionen zu formulieren, versprach sie, innerhalb von sechs Monaten neue, faire Präsidentschaftswahlen zu organisieren.

Die Politik Lukaschenkos macht deutlich, wie groß die Distanz zwischen ihm und der Gesellschaft inzwischen geworden ist. Viele seiner Schritte verstärkten den Willen der Bevölkerung, sich ihm entgegenzustellen. Zuerst versuchte er, die Coronakrise zu ignorieren, und demonstrierte seinen mangelnden Respekt vor der eigenen Bevölkerung. Dann unterschätzte er die Symbolkraft, die von Tichanowskaja und ihren zwei Mitstreiterinnen ausging. Seine abwertenden Äußerungen über Frauen in der Politik wurden durch die sehr sichtbare Rolle von Frauen im Wahlkampf und bei den Protesten entkräftet. Die besonders drastische Wahlfälschung samt der dazu über die sozialen Medien verbreiteten Bilder sowie die zeitweilige Unterbrechung des Internets konnten die Opposition nur stärken.



Ein Land in Aufruhr: Minsk nach der gefälschten Wahl

Die Proteste sind an einem kritischen Punkt angelangt. Mit jedem Tag, an dem sie fortgesetzt werden und sich weiter ausdehnen, verringern sich die Chancen Lukaschenkos, mit Repressionen und Gewalt im Amt zu bleiben. Über das inzwischen wieder funktionierende Internet verbreiten sich die Nachrichten von Arbeitsniederlegungen in staatlichen Betrieben und Bildern von Sicherheitskräften, die sich öffentlich gegen die Gewalt stellen.

Ein autoritäres Regime bröckelt, wenn die Loyalität der Eliten in staatlichen Institutionen nicht mehr gewährleistet ist. Lukaschenko hat sich keinen Verhandlungsspielraum gelassen und setzt ausschließlich auf Repressionen.

Belarus ist wirtschaftlich von Russland abhängig. Dieses sowjetische Erbe hat der russische Präsident Wladimir Putin stets genutzt, um das Land auch politisch eng an sich zu binden. Trotz dieser Abhängigkeit hat sich Lukaschenko Putin wiederholt in den Weg gestellt – so hat er zum Beispiel die Annexion der Krim durch Russland nicht anerkannt und sich mit dem Minsker Abkommen als Friedensvermittler im Krieg in der Ostukraine inszeniert. Im Gegenzug lockerte die EU

personenbezogene Sanktionen gegen Lukaschenko und andere Eliten des Landes.

Vor Ort ist die EU bisher wenig präsent – dies ist ein großer Unterschied zur Ukraine, wo sich die Maidan-Demonstrationen 2013 an der Nichtunterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens durch den damaligen ukrainischen Präsidenten entfachten. In Belarus sieht sich die EU mit dem geopolitischen Dilemma konfrontiert, dass westliche Sanktionen den wirtschaftlichen und politischen Einfluss Russlands untermauern. Derzeit kommt die Sorge über eine mögliche aktive Unterstützung der Repressionen durch Russland hinzu.

Die belarussische Gesellschaft fordert nun auch uns heraus. Viel zu wenig ist Belarus bisher in unserem Verständnis von Europa verankert – nun beginnt sich die geografische Nähe des Landes mit einer neuen Wahrnehmung gemeinsamer Werte zu verbinden. Das stellt auch die deutsche Regierung und die EU vor die Herausforderung, sich gegenüber Belarus neu zu positionieren. Die ersten offiziellen Stellungnahmen aus der EU waren zu zögerlich. Jetzt geht es um die interne und externe Glaubwürdigkeit demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien.

Die Rückkehr zu den alten Sanktionen ist dabei schon eine Herausforderung für die EU, da die weniger demokratisch gesonnenen Mitgliedsstaaten wie Ungarn diesem ihr Veto entgegenzusetzen können.

Darüber hinaus muss die EU sich nun aktiv daran beteiligen, auf ein Ende der Gewalt in Belarus hinzuwirken und dem neuen gesellschaftlichen Konsens einen politischen Weg zu bereiten. Eine Reaktion Russlands ist nicht auszuschließen, doch im Vergleich zur Ukraine 2014 gestaltet sich auch für Russland die Lage anders: Die starke Verbundenheit mit Russland wurde bisher von der belarussischen Gesellschaft nicht in Frage gestellt. Ein aktives Eingreifen auf der Seite Lukaschenkos birgt nun das Risiko, Russland in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren. Aus Russland werden die Entwicklungen in Belarus genau verfolgt – nicht zuletzt, weil die Frage der Putin-Nachfolge 2024 auch



Ein Land in Aufruhr: Minsk nach der gefälschten Wahl

nach der Verfassungsreform nicht abschließend beantwortet ist und die Legitimation des eigenen Systems zunehmend unter Druck gerät, wie die jüngsten Proteste in Chabarowsk zeigten.

Autoritäre Systeme können lange Zeit stabil wirken und dann doch plötzlich in Frage gestellt werden. Eine Woche ist nicht viel Zeit – doch für Belarus könnte sie das Ende einer politischen Ära bedeuten.



PROF. DR. GWENDOLYN SASSE

ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS).

HSB Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbriefs. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Er

Früher bei den Grünen war das so: Es gab Parteivorsitzende und es gab Joschka Fischer. Fischer fühlte sich als Leitwolf und war es auch. Niemand in seiner Laufbahn hatte er ein Parteiamt inne, bestimmte aber den Kurs, wenn es um die zentralen Fragen der Politik (Personalien, Koalitionsoptionen) ging. Er verfügte über die Voraussetzungen: Stehvermögen, Ausstrahlung und treue Anhänger – und alles fußte auf der Kunst, andere zu überzeugen oder wenigstens zu überreden. Die von Parteitag gewählten Vorsitzenden, die aus Satzungsgründen keinem Parlament angehören durften, hatten wenig zu sagen. Formale Macht und informeller Einfluss klapften auseinander – damals.

Annegret Kramp-Karrenbauer ist CDU-Vorsitzende. Als Ministerin der Verteidigung führt sie eines der wichtigen Ressorts der Bundesregierung. Sie leitet auch die Sitzungen der Gremien der Bundes-CDU. Doch den Kurs der Partei bestimmt sie nicht. Bestenfalls übt sie die Rolle einer Moderatorin aus. Als ihr im Februar (Stichwort: Thüringen) selbst das misslang, zog sie die Konsequenz und kündigte ihr Ausscheiden aus dem Amt der Vorsitzenden an. Wenn es um Tagespolitik geht, ist Angela Merkel weiterhin das Gesicht der Partei, wenn um Grundsatzfragen von Politik und Demokratie, dann Wolfgang Schäuble. Doch fehlt es der CDU derzeit an einem Machtzentrum. Die bisherigen Kandidaten für den Parteivorsitz (Laschet, Merz, Röttgen) sind es nicht. Wer immer es werden wird – der Gewählte wird sich schwertun, nicht bloß formal Vorsitzender zu sein. Heimlicher CDU-Parteichef ist Markus Söder von der CSU. Sein Wort zählt – heute.

Und in der SPD? Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, obwohl sie sich sogar auf das Votum der SPD-Mitglieder stützen können (besser: konnten), sind nur formal Parteivorsitzende. Chefs waren und sind sie nicht, und seit sich die beiden jetzt über ihren eigenen Schatten schubsen ließen, ist die Rolle des Ersten in der SPD, des tatsächlichen Vorsitzenden also, an Olaf Scholz vergeben. Ihres politischen Überlebens wegen haben die Ko-Vorsitzenden ihn als Kanzlerkandidaten zu unterstützen. Im Hintergrund aber wartet ihr ehemaliger Förderer Kevin Kühnert. Auf seinem Weg in den Bundestag hat er dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, im Kampf um einen Wahlkreis schon siegreich die Machtfrage gestellt. Die Erfahrung aber zeigt: Macht in jeglicher Form ist scheu wie ein Reh